

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

22.09.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Herr Kredelbach (BM-13)

Telefon-Nr.

02202-142668

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 31.08.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:29 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Bestellung einer Schriftführung für die Sitzung des Rates am 31.08.2017**
0352/2017
- 3 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 11.07.2017 - öffentlicher Teil**
0353/2017
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Ausübung eines besonderen Vorkaufsrechts "Bergisch Gladbach - Gohrsmühle"**
0378/2017

- 7** **Einwohnerfragestunde**
0336/2017

- 8** **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 8.1** **Antrag der FDP-Fraktion vom 31.07.2017 (eingegangen am 31.07.2017) zur Umbe-**
setzung in verschiedenen Ausschüssen
0362/2017

- 8.2** **Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 17.08.2017 (einge-**
gangen am 17.08.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen
0399/2017

- 9** **Anträge der Fraktionen**

- 10** **Anfragen der Ratsmitglieder**
- 10.1** **Schriftliche Anfragen**
- 10.1.1** **Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom**
24.07.2017 (eingegangen am 24.07.2017) zum Sachstand Neubau Schwimmbad
Mohnweg
0358/2017

- 10.1.2** **Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom**
24.07.2017 (eingegangen am 24.07.2017) zum Sachstand Sanierung Zandersbad
0359/2017

- 10.2** **Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Urbach gratuliert zunächst allen Ratsmitgliedern, die im Juli und im August Geburtstag hatten. Es sind dies Herr Haasbach, Frau Scheerer, Herr Höring, Frau Koshofer, Frau Meinhardt, Herr Komenda, Frau Heidberg- Schwettmann, Herr Außendorf, Herr Neu, Herr Pick, Frau Münzer und Herr Kleine.

Danach eröffnet er die Sitzung und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist. Als Unterlagen für die heutige Sitzung benennt er die Einladung vom 17.08.2017 mit den dazu gehörenden Vorlagen sowie die Anlage zur Tagesordnung.

Nicht anwesend sind in dieser Sitzung Frau Schundau und Frau Meinhardt.

2. **Bestellung einer Schriftführung für die Sitzung des Rates am 31.08.2017**
0352/2017

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat bestellt Herrn Kredelbach als Schriftführer für die Sitzung des Rates am 31.8.2017.

3. **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 11.07.2017 - öffentlicher Teil**
0353/2017

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es gibt keine Mitteilungen.

6. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Ausübung eines besonderen Vorkaufsrechts "Bergisch Gladbach - Gohrsmühle"**
0378/2017

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Auf eine Vorberatung im Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Vorkaufsrechtssatzung im ergänzenden Verfahren gemäß dieser Vorlage.

7. **Einwohnerfragestunde**
0336/2017

Bürgermeister Urbach weist auf eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vom 27.08.2017 hin, die sich mit der Errichtung des Wertstoffhofes der Stadt Bergisch Gladbach im Bereich Kieppemühle und deren finanziellen Folgen auseinandersetzt.

Herr Hoffmann verliest seine Fragen persönlich wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urbach, sehr geehrte Damen und Herren, in Kürze soll der Wertstoffhof Kippemühle in Gronau eröffnet werden.

1. Warum ist diese Dienstleistung nicht europaweit ausgeschrieben worden?
2. Warum wird auf diesem Grundstück kein Mehrgenerationenhaus gebaut?
3. Ist diese Dienstleistung kostendeckend?
4. Wird es durch diese Dienstleistung voraussichtlich zu einer Müllgebührenerhöhung kommen?
5. Ist die Stadt Bergisch Gladbach in einen Expansionswahn verfallen?
6. Wann bekommt die Stadt Bergisch Gladbach einen Sparkommissar?
7. Wie viele Schulden trägt die Stadt Bergisch Gladbach voraussichtlich bis zur Zahlungsunfähigkeit?
8. Was hat der Grundstückskauf gekostet?
9. Warum wird der Wertstoffhof an der schlimmsten Bergisch Gladbacher Staustelle hochgezogen?
10. Was wird in die Wertstoffhalle Kippemühle bis zur Eröffnung investiert?“

Bürgermeister Urbach beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Stadt Bergisch Gladbach ist nicht Bauherr des Wertstoffhofes. Die EGBL GmbH ist Bauherr, die Stadt Mieter von Teilflächen.

Zu Frage 2:

Auf dem Grundstück wird kein Mehrgenerationenhaus gebaut, weil das Grundstück zur Errichtung eines Wertstoffhofes genutzt wird.

Zu Frage 3:

Ja.

Zu Frage 4:

Ja.

Zu Frage 5:

Nein.

Zu Frage 6:

Die Stadt Bergisch Gladbach wird keinen Sparkommissar bekommen, da sie ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept hat und alles daran setzt, ab dem Jahr 2021 einen ausgeglichenen Haushalt beschließen zu können.

Zu Frage 7:

Gemäß Insolvenz- und Gemeindeordnung sind Kommunen nicht insolvenzfähig.

Zu Frage 8:

Die Stadt Bergisch Gladbach hat das Grundstück nicht erworben.

Zu Frage 9:

Am Standort des Wertstoffhofes sind keine zusätzlichen Staus zu erwarten.

Zu Frage 10:

Diese Frage ist an die EGBL GmbH zu richten.

Herr Hoffmann stellt keine zusätzlichen mündlichen Fragen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen, wird die Einwohnerfragestunde beendet.

8. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

8.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 31.07.2017 (eingegangen am 31.07.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen *0362/2017*

Frau Koshofer gibt ihren Rücktritt von der stellvertretenden Mitgliedschaft im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden mündlich zu Protokoll.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP- Fraktion zur Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sowie im Flächennutzungsplanausschuss wird beschlossen.

8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 17.08.2017 (eingegangen am 17.08.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen *0399/2017*

Bürgermeister Urbach weist darauf hin, dass eine schriftliche Rücktrittserklärung Herrn Farzaneh-fars der Verwaltung bisher nicht vorliege. Dessen Ausschusssitze blieben also bis auf weiteres durch ihn besetzt. Dies sei für den Antrag jedoch unerheblich, da keine Nachbesetzung der betreffenden Ausschusssitze beantragt werde.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Mit BÜRGERPARTEI GL zur Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird unter Berücksichtigung der Hinweise der Verwaltung in der Vorlage beschlossen.

9. Anträge der Fraktionen

Es gibt keine Anträge der Fraktionen.

10. Anfragen der Ratsmitglieder

10.1. Schriftliche Anfragen

10.1.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.07.2017 (eingegangen am 24.07.2017) zum Sachstand Neubau Schwimmbad Mohnweg *0358/2017*

und

10.1.2. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.07.2017 (eingegangen am 24.07.2017) zum Sachstand Sanierung Zandersbad *0359/2017*

Bürgermeister Urbach weist auf die schriftlichen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 24.07.2017 zum Sachstand eines Neubaus des Schwimmbades Mohnweg und zum Sachstand der Sanierung des Hans- Zanders- Bades hin. Beide habe die Verwaltung schriftlich beantwortet.

10.2. Mündliche Anfragen

1. Anfrage von Herrn Waldschmidt zur Marktgalerie

Herr Waldschmidt weist auf die aktuelle Presseberichterstattung hinsichtlich einer weiteren Verzögerung des Baubeginns der Marktgalerie hin. Er möchte wissen, ob diese zutreffend sei und welche Gründe es für die Verzögerung gebe.

Fachbereichsleiterin Sprenger antwortet, dass zuletzt der 15.10.2017 als Baubeginn angekündigt wurde. Derzeit werde mit dem Generalunternehmer verhandelt. Das Baugenehmigungsverfahren werde fristgerecht durchgeführt, die Abbruchgenehmigung könne bei Bedarf sofort erteilt werden. Es fehle lediglich noch die Prüfstatik. Nach ihren Informationen gebe es Verzögerungen, an der Durchführung des Projektes sei jedoch nicht zu zweifeln.

2. Anfrage von Herrn Waldschmidt zur Eissporthalle

Eine weitere Anfrage von Herrn Waldschmidt bezieht sich auf Presseberichterstattung zur Eissporthalle, nach welcher zwischen dem Betreiber des dort befindlichen Restaurants und der Stadt hinsichtlich einer Sanierung des Lokals verhandelt werde. Er bittet um nähere Informationen.

In seiner Antwort stellt Fachbereichsleiter Martmann klar, dass die Stadt mit dem Heimfall der Eissporthalle auch den Vertrag zur Betreibung des Restaurants übernommen habe. Die sachliche und rechtliche Situation werde derzeit überprüft. Gespräche mit dem Pächter würden in Kürze aufgenommen, um die Rahmenbedingungen für eine Wiedereröffnung des Restaurants zu verhandeln. Dieser sei aber nicht gehindert, sein Lokal sofort wieder in Betrieb zu nehmen. Da der Pächter alle Schlösser austauschte, habe es bislang noch keine Besichtigung der Räumlichkeiten gegeben.

Bürgermeister Urbach schlägt vor, den Rat noch einmal über den Sachstand zu informieren, wenn die Gespräche mit dem Pächter stattgefunden und zu einem Ergebnis geführt haben.

3. Anfrage von Herrn Zalfen zu den Plänen des Rheinisch-bergischen Kreises hinsichtlich einer Verbesserung des öffentlichen Personen Nahverkehrs

Herr Zalfen weist auf eine Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauen des Rheinisch- Bergischen Kreises am 07.09.2017 hin, die die Pläne für eine erhebliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreisgebiet aufzeige. Er möchte wissen, wie der Rat dem Kreis vermitteln könne, dass man diese Vorlage mittrage und deren Umsetzung begrüße.

Bürgermeister Urbach merkt an, dass aus dieser Vorlage etwa 1,5 Millionen Euro an Mehrbelastungen resultierten, von denen die Stadt wahrscheinlich den größten Teil über die Kreisumlage refinanzieren. Dennoch könne der Rat in der Tat die in der benannten Vorlage angedachten Maßnahmen begrüßen, zum Beispiel durch sofortige Akklamation.

Dem kommt der Rat sodann nach.

(Anmerkung der Verwaltung: Die benannte Vorlage ist im Kreistagsinformationssystem des Rheinisch- Bergischen Kreises hinterlegt. Unter dem Link https://rbk4.rbkdv.de/tops/?__=LfylfvCWq8SpBQj0MmyPawFWu8Uu4Xi3Kg1GJ kann sie als Tagesordnungspunkt 8 des öffentlichen Teils des Ausschusses für Verkehr und Bauen am 07.09.2017 aufgefunden werden.)

4. Anfrage von Herrn Steinbüchel zur Schadensregulierung für das Pflaster in der Fußgängerzone Stadtmitte

Herr Steinbüchel verweist auf die Presseberichterstattung zur Schadensregulierung für das Pflaster in der Fußgängerzone Stadtmitte. Er bittet die Verwaltung um eine schriftliche Information an die Fraktionen, aus der die gesetzlichen Fristen bzw. Klagefristen in der Angelegenheit hervorgehen.

Bürgermeister Urbach sichert den Fraktionen eine solche schriftliche Information zu.

5. Anfrage von Herrn Krell zur Marktgalerie

Herr Krell merkt an, dass von der Firma Centerscape angegebene Termine kommen und gehen. Er möchte wissen, ob das Projekt der Marktgalerie noch realistisch sei oder die Firma aus wirtschaftlichen Gründen eine Verzögerungstaktik betreibe.

Fachbereichsleiterin Sprenger antwortet, dass sie noch von einem Baubeginn ausgehe.

Herr Krell möchte zusätzlich wissen, ob es einen Plan B gebe oder die bauliche Nutzung des Areals grundsätzlich neu überdacht werden müsse.

Für Bürgermeister Urbach ist ein Indiz für die nach wie vor gegebene Bauabsicht von Centerscape darin zu sehen, dass immer noch neue Planungen erstellt oder Gutachten beauftragt würden. Ohne eine reale Bauabsicht würde dies in Zweifel nicht geschehen.

6. Anfrage von Frau Münzer zu den Briefwahlunterlagen

Frau Münzer möchte wissen, ob Briefwahlunterlagen kein Rücksendeumschlag mehr beigelegt werde. Ein entsprechend konkreter Fall sei ihr in einer Bürgersprechstunde in Bensberg geschildert worden. Der Betreffende weigere sich nunmehr, an der Bundestagswahl teilzunehmen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer bestätigt, dass Briefwahlunterlagen einen Rücksendeumschlag enthielten.

Auf Nachfrage von Frau Münzer und Herrn Zalfen stellt er klar, dass der Wahlbenachrichtigung, mit der die Briefwahlunterlagen angefordert werden können, kein Rücksendeumschlag beigelegt werde. Die Briefwahlunterlagen könne man aber nicht nur schriftlich, sondern unter anderem auch elektronisch anfordern.

7. Anfrage von Herrn Samirae zum Projekt Cargocap und zur Erstellung eines wohnungspolitischen Handlungskonzeptes

Herr Samirae fragt nach dem Sachstand des Projektes Cargocap. Des Weiteren möchte er wissen, wann das städtische wohnungspolitische Handlungskonzept fertig gestellt sei. Dieses stelle eine wichtige Grundlage zur Schaffung von Anreizen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus dar.

Bürgermeister Urbach sichert eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen zu.

8. Anfrage von Herrn Klein zum Schwimmbad Mohnweg

Herr Klein nimmt Bezug auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion zum Schwimmbad Mohnweg. Die Verwaltung habe recht allgemein formuliert, ohne detaillierte Pläne bekanntzugeben. Mit Blick auf die Wichtigkeit des Bades für Kinder zum Erlernen des Schwimmens hält er Informationen darüber für angemessen, welche Absichten die Verwaltung habe, in der nächsten Zeit tatsächlich etwas zu unternehmen. Es könne nicht angehen, dass der Neubau eines Verwaltungsgebäudes und der Ankauf des Zanders- Geländes in Zeiten des knappen Geldes für wichtiger erachtet werden.

Bürgermeister Urbach sieht in den Ausführungen von Herrn Klein keine Frage.

9. Anfrage von Herrn Komenda zu den Kriterien einer Vermietung der städtischen Ratssäle

Herr Komenda kritisiert, dass die AfD im Ratssaal Bensberg eine Veranstaltung durchführen durfte und die damit verbundene Polizeipräsenz am entsprechenden Termin.

Bürgermeister Urbach sieht auch hierin keine Frage, gesteht aber zu, dass die von Herrn Komenda benannten Sicherheitsaspekte für künftige Entscheidungen in dieser Richtung eine Rolle spielen werden.

10. Anfrage von Herrn Samirae zur Veranstaltung der AfD im Ratssaal Bensberg

Herr Samirae fragt nach den Kosten der Beseitigung der Schäden, die im Zusammenhang mit der Veranstaltung der AfD am Rathaus Bensberg angerichtet wurden.

Fachbereichsleiter Martmann beziffert die Kosten für die Beseitigung der Schäden im vier-stelligen Bereich. Er stellt klar, dass die Schäden nicht durch Mitglieder der AfD oder den Zuhörern der Veranstaltung verursacht wurden, sondern von den Gegnern. Selbstverständlich sei Anzeige gegen Unbekannt erstattet worden, jedoch zeige die Erfahrung, dass man in solchen Fällen in der Regel auf den Kosten für eine Beseitigung der Schäden sitzen bleibe.

Bürgermeister Urbach sieht die heutige Sitzung und den Tagesordnungspunkt Anfragen nicht als geeignet an, um über eine Berechtigung der AfD für eine Anmietung städtischer Räumlichkeiten zur Durchführung von Veranstaltungen zu diskutieren. Dies gehöre gegebenenfalls in den Haupt- und Finanzausschuss.

11. Erneute Anfrage von Herrn Klein zum Schwimmbad Mohnweg

Herr Klein stellt klar, dass er soeben durchaus eine Frage zum Schwimmbad Mohnweg gestellt habe und eine Antwort wünsche. Er möchte wissen, wie weit die Planungen zu diesem Schwimmbad gediehen seien. Schließlich hätten Mitarbeiter der Verwaltung im Bereich des Bades Vermessungsarbeiten durchgeführt. Wozu hätten diese Arbeiten gedient? Wann werde das Schwimmbad angemessen repariert oder durch einen Neubau ersetzt?

Bürgermeister Urbach sichert eine schriftliche Beantwortung zu und weist darauf hin, dass diesbezüglich Anträge für den städtischen Haushalt gestellt werden können.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt er danach die öffentliche Sitzung.